

Jay Rowell, Anne-Marie Saint-Gille (éd.), La société civile organisée aux XIX^e et XX^e siècles. Perspectives allemandes et françaises, Villeneuve-d'Ascq (Presses universitaires du Septentrion) 2010, 373 p., ISBN 978-2-7574-0165-1, EUR 25,00.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Jürgen Finger, München

Soziale Disparitäten, Steuerungsdefizite der Politik und ein entgrenzter Finanzkapitalismus stellen Sinn, Leistungsfähigkeit und Legitimität des 1989/90 scheinbar siegreichen westlichen Modells seit geraumer Zeit in Frage. Die Suche nach Alternativen äußert sich auch in Neuen Sozialen Bewegungen (NSB), die sich außerhalb der als verkrustet wahrgenommenen politischen Strukturen verorten: Aktuelle Beispiele sind etwa die Globalisierungskritik, der Stuttgart 21-Protest mit seinen demokratiepolitischen Weiterungen und zuletzt die eher amorphe Occupy-Bewegung. Das Konzept der »Zivilgesellschaft« ist ein Versuch, solche politisch-gesellschaftliche Phänomene in einer autonomen Sphäre zwischen Staat, Markt und Privatsphäre zu verorten. Die Verwendung des Begriffs als Analysekategorie ist jedoch problematisch: Erstens droht „»Zivilgesellschaft« zum unreflektiert gebrauchten »mot-valise commode« (S. 15) zu werden. Und zweitens erschwert die normativ-emanzipatorische Dimension des Begriffs seine Verwendung. So stellt sich etwa bei einzelnen Beiträgern des vorliegenden Bandes der Eindruck eines – zweifellos emanzipatorischen – Agenda Settings ein, insbesondere in Pierre Lénels Text über das Théâtre de l'Opprimé sowie bei Grégory Salles Überlegungen zu Strafvollzug und Rechtsstaat: Salle attestiert den zivilgesellschaftlichen Akteuren, mit der Akzeptanz des »Rechtsstaats« als Referenzrahmen ihrer Tätigkeit die etablierten Strafvollzugssysteme zu stabilisieren statt zu hinterfragen und so letztlich zum Instrument einer »gouvernementalité« néolibérale« (199) zu werden.

Umso wichtiger ist die Historisierung und Kontextualisierung des Phänomens, der sich der von Jay Rowell und Anne-Marie Saint-Gille herausgegebene Band verschrieben hat. Er bündelt die Erträge der Jahrestagung 2008 des Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne (CIERA). Das thematische und zeitliche Spektrum der erfreulich knapp und konzise gehaltenen Texte weitet den Blick für die Breite des Phänomens, wobei mit der *société civile organisée* primär auf Dauer gestellte, in den Worten Max Webers: »perennierende« Formen der Zivilgesellschaft untersucht werden, die angesichts der gegenwärtig die Diskussion prägenden NSB oft vernachlässigt werden. Als produktiv erweist sich die Kombination von nationalen und regionalen, sowie diachron und synchron vergleichenden, deutsch-französischen Fallstudien. Die gelungenen Kommentare, die den fünf Sektionen des Bandes vorangestellt sind (Semantik und Sprechweisen, Wirtschafts- und Arbeitswelt, Praktiken, Beziehungen zum politischen System, Autonomiefrage), bieten jeweils ein knappes Résumé und eine Einordnung der 25 Beiträge.

Die Herausgeber selbst lehnen in ihrer Einleitung zu Recht eine einengende Definition des Untersuchungsthemas ab und verweisen auf die induktive Herangehensweise des Bandes. Leider

verzichten sie darauf, aus den Fallstudien wenigstens thesenartig Generalisierungen abzuleiten. Auch die interessanten Annäherungen an die Begriffsgeschichte und das semantische Feld »Zivilgesellschaft« (Michel Offerlé, Guillaume Courty, Niall Bond) stehen letztlich unverbunden nebeneinander. Die von Bond ins Spiel gebrachten Analysekatoren in der Nachfolge Max Webers werden leider nicht systematisch weiterverfolgt. Allerdings werden ältere Vorstellungen der *civil society* und der bürgerlichen Gesellschaft (Hegel) und Querverweise auf den öffentlichen Raum (Habermas) von mehreren Beiträgern produktiv aufgegriffen.

Fünf Perspektiven der Historisierung scheinen dem Rezensenten von besonderem Interesse: Prozesse der Verstetigung und Institutionalisierung; die innere Differenzierung und Distinktion von Gruppen und daraus erwachsende Spannungen; die historische Kontextualisierung; Verflechtung und Vernetzung; sowie das Autonomieproblem.

Probleme der Institutionalisierung in festgefügtten politischen Systemen werden von verschiedenen Beiträgern gestreift. Hervorzuheben ist Alain Chatriots Analyse des Reichswirtschaftsrats und des Conseil national économique in der Zwischenkriegszeit, die den Schwerpunkt auf Gemeinsamkeiten der Problemstellungen sowie auf den Transfer von Erfahrungen legt, die vor dem Hintergrund unterschiedlicher politischer Systeme und Kulturen kontrastiert werden. Die Problemlagen bei der Transformation von der NSB zur politischen Partei erläutert Silke Mende am Beispiel der bundesdeutschen Grünen.

Gerade in stark versäulten sozialmoralischen Milieus und im kirchlichen Umfeld lassen sich zweitens innere Differenzierungen und Spannungen gut untersuchen. So dürfen etwa die zwischen 1870 und 1970 über die politischen Zeitläufte hinweg relativ stabilen politischen Lager Österreichs nicht über Prozesse der inneren Distinktion (nach Klasse, Geschlecht, regionaler Herkunft) hinwegtäuschen (Paul Pasteur). Widersprüche zwischen einer oft auf den Alltag oder die Freizeit gerichteten sozialen Praxis einerseits und dahinterstehenden (partei-)politischen Strategien andererseits führten in der Arbeitersportbewegung der Weimarer Republik zum Konflikt, da die Vereine sich zur Spaltung der Arbeiterbewegung verhalten mussten (Joachim Häberlein). Distinktionsmechanismen und verschleierte Machtstrukturen im Innern von NSB widmet sich schließlich auch Anne-Marie Pailhès in ihrer Untersuchung alternativer Kommunen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Semantiken, inhaltliche Schwerpunktsetzungen und Aktionsformen müssen drittens im Wechselspiel mit säkularen Prozessen kontextualisiert werden. So verweist die wechselnde Verwendung von »Zivilgesellschaft« durch die deutsche und französische Presse seit 1999 (verschränkt mit dem Begriffsfeld *anti-/altermondialisation*) auf die Bedeutung des politischen und medialen Bezugsrahmens (Julien Auboussier/Katharina Niemeyer). Julia A. Schmidt-Funke analysiert die Vertretung der Interessen des deutschen Buchhandels in funktionaler Abhängigkeit vom ökonomischen und politischen Strukturwandel in einem sich konstituierenden nationalen öffentlichen Raum zu Beginn des XIX. Jahrhunderts. Philippe Lacombrade fasst die Handelskammern der Dritten Republik als Akteure einer Geschichte der Modernisierung der französischen Volkswirtschaft.

Lacombrade gibt außerdem – wie auch Pierre Chamard für die französischen Agrarverbände –

Hinweise auf personelle Querverbindungen, die die idealtypische Frontstellung von Staat und Zivilgesellschaft überbrücken. Auch in der aktuellen globalisierungskritischen Protestbewegung identifiziert Ariane Jossin – auf Grund einer biographischen Analyse – mögliche Schnittstellen zwischen den NSB und der Parteipolitik. Dies verweist viertens auf die Verflechtung mit den Sphären Politik und Wirtschaft. Als paradigmatisch für die oft schwierige Zwischenstellung erweisen sich Wirtschaftsverbände und Handelskammern, denen sich mehrere Beiträge widmen. Deren Selbstverwaltungscharakter steht in einem Spannungsverhältnis mit ihrer häufig durch einen gesetzlichen Rahmen konstituierten Organisationsform (als Körperschaften öffentlichen Rechts mit Zwangsmitgliedschaft usw.). Die Zuweisung und Übernahme von Funktionen, etwa durch die Organisation der betrieblichen Ausbildung in Deutschland (Allain Lattard) und im Elsass (Gérard Bodé), war im öffentlichen wie auch im Interesse des Marktes. Darüber hinaus waren die Kammern Teil einer sich seit dem frühen XIX. Jahrhundert entwickelnden Expertenkultur, die für die Steuerungsbemühungen moderner Staaten unabdingbar war: gleichsam als Relaisstation zur Informationsbeschaffung einerseits und zur kommunikativen Unterstützung von Reformen andererseits (Igor Moullier). Das lässt sich etwa auch in der Entwicklung und Institutionalisierung einer wissenschaftlichen Statistik in der Sattelzeit der Moderne beobachten (Guillaume Garner). Die Beiträge zum XIX. Jahrhundert relativieren mit Blick auf die Pragmatik des französischen Staatshandelns das Postulat der *république jacobine* im Geiste der *loi Le Chapelier*.

Fünftens stellt sich mit der Verflechtung automatisch das Autonomieproblem. Virulent ist es auch im Umfeld der Kirchen, wo auf einer zusätzlichen Ebene die jeweiligen Amtskirchen berücksichtigt werden müssen. Das zeigen Untersuchungen zur Caritas im Elsass, zu den Strukturen der kirchlichen Entwicklungspolitik in Deutschland und Frankreich nach 1945 und zum kirchlichen Vereinswesen in Lothringen bis 1918 (Catherine Maurer; Sylvie Toscer-Angot; François Roth). Die für das Autonomieproblem zentrale Finanzierungsfrage wird leider kaum beachtet; Axelle Brodiez' Studie über humanitäre Organisationen ist eine Ausnahme. Insgesamt spricht Vieles für die Annahme einer im Einzelfall mehr oder weniger weitgehenden Interdependenz (Brodiez) oder relativen Autonomie zivilgesellschaftlicher Bewegungen (Maurer), die kaum zu vermeiden ist, wenn die Akteure am politischen Prozess teilhaben und ihren Ordnungsvorstellungen Geltung verschaffen wollen.

Durch seine Historisierung gewinnt der Begriff »Zivilgesellschaft« als Analyse-kategorie an Tiefe und löst sich sowohl vom Idealtyp einer autonomen Sphäre als auch von idealisierenden Selbst- und Fremdbeschreibungen. Zur Analyse des komplexen Phänomens der *société civile organisée* und des zu Beginn des XXI. Jahrhunderts neu zu verhandelnden Verhältnisses von Politik/Staat, Wirtschaft/Markt und Öffentlichkeit/Zivilgesellschaft leistet dieser Sammelband einen instruktiven und inspirierenden Beitrag.